

Bedeutung der Gerontologie in herausfordernden Zeiten Stellungnahme des Vorstands der Sektion III im Zuge der kommenden Legislaturperiode

Susanne Wurm (Universität Greifswald), Kathrin Boerner (Universität Oldenburg), Alina Schmitz (Technische Universität Dortmund) und Andrea Teti (Universität Vechta)

Die aktuelle Weltlage hat viel in Bewegung gebracht – und bewegt viele. Diskutiert wird in diesem Zusammenhang auch die Sicherung des Wohlstands in Europa. Häufig wird hervorgehoben, dass die Situation besonders schwierig ist in einem alternden Europa mit einem starken demografischen Wandel. Das Thema Altern erhält immer dann besondere Aufmerksamkeit, wenn es um Probleme geht. Leicht wird dabei übersehen, dass die meisten Menschen lange leben möchten.

Unsere heutigen Gesellschaften sind ein Spiegel wesentlicher Errungenschaften der letzten Jahrzehnte, zu denen unter anderem verbesserte Lebensverhältnisse, ein verbesserter Lebensstil sowie medizinische Entwicklungen zählen. Der im Januar 2025 erschienene 9. Altersbericht verweist auf wichtige Bereiche, die in den kommenden Jahren verstärkt im Zuge der demografischen Entwicklung Beachtung finden sollen. Dazu zählen verschiedene Aspekte sozialer Teilhabe, Vielfalt und Diversität ebenso wie das Thema Ageismus in allen Lebensbereichen. Wir unterstützen die Empfehlungen des 9. Altersberichtes der Bundesregierung, die in unserem Sektionsvorstand direkt durch eines der Mitglieder der 9. Altersberichtscommission, Prof. Dr. Andrea Teti, vertreten werden.

Aus der Perspektive der sozial- und verhaltenswissenschaftlichen Gerontologie liegt es uns am Herzen, darüber hinausgehend auf grundsätzliche Themen und Entwicklungen aufmerksam zu machen, die das Fundament dafür bilden, aus einer alternden Gesellschaft im besten Sinne eine Gesellschaft des langen Lebens zu machen.

In Deutschland verläuft die Entwicklung der sozial- und verhaltenswissenschaftlichen Altersforschung seit vielen Jahren gegenläufig zur langfristigen demografischen Entwicklung. Die Zahl älterer Menschen in Deutschland steigt, die Zahl gerontologischer Professuren und Institute mit Fokus auf sozial- und verhaltenswissenschaftlicher Altersforschung nimmt dagegen ab. Zu zentralen Forschungsstrukturen, die geschlossen wurden, zählte vor 20 Jahren zunächst das Deutsche Zentrum für Altersforschung in Heidelberg, später folgten der Studiengang integrierte Gerontologie an der Universität Stuttgart, das Jacobs Center for Lifelong Learning & Institutional Development in Bremen sowie zuletzt die Schließung des Instituts für Gerontologie an der TU Dortmund 2023, nach über 30-jährigem Bestehen. Auch mit Blick auf Professuren zeichnen sich deutliche Veränderungen ab. An der Universität Vechta ist geplant, drei ruhestandsbedingt freiwerdende gerontologische Professuren nicht mehr nachzubesetzen, die Grundförderung des dort ansässigen Institutes für Gerontologie IfG ist bereits 2023 entfallen. Das von Professorin Kuhlmeier langjährig in der Altersforschung etablierte Institut für Medizinische Soziologie an der Charité Berlin legt nun seinen Schwerpunkt auf das Thema ‚Gesund Aufwachsen‘. An der privaten Vinzenz Pallotti University in Vallendar wird die gerontologische Pflegeforschung abgeschafft. Weitere für die

Gerontologie ungünstige Veränderungen werden mit Blick auf das Institut für Pflegeforschung der Universität Bielefeld sowie für die Rehabilitationswissenschaftliche Gerontologie an der Universität zu Köln erwartet. Diese Entwicklungen stehen in einem starken Widerspruch zu dem bereits bestehenden und in absehbarer Zukunft weiterhin steigenden Bedarf an gerontologischer Expertise in Wissenschaft und Praxis.

Wir verknüpfen deshalb die zukünftige Legislaturperiode der Bundesregierung mit folgenden Erwartungen und Hoffnungen:

1. Stärkung sozial- und verhaltenswissenschaftlicher Gerontologie an den Universitäten und Hochschulen

Altern ist kein ausschließlich biologischer Prozess, sondern ist maßgeblich von individuellen Lebenssituationen und gesellschaftlichen Bedingungen abhängig und damit von Faktoren, die einem starken Wandel unterliegen und zudem gezielt beeinflussbar sind. Dies zu erforschen und daraus für Politik und Gesellschaft aktuelle Erkenntnisse sowie politische und lebenspraktische Gestaltungsmöglichkeiten abzuleiten bedarf ausreichender Ressourcen für die sozial- und verhaltenswissenschaftliche Forschung. Das ist künftig von großer Bedeutung, auch angesichts vielfältiger neuer Herausforderungen. Dazu zählen unter anderem Klimawandel, Digitalisierung sowie Fachkräftemangel.

2. Aufbau eines Deutschen Zentrums für Altersforschung

Im letzten Koalitionsvertrag war der Aufbau eines Deutschen Zentrums für Altersforschung vorgesehen. Wir sprechen uns klar dafür aus, diese Planung in der kommenden Legislaturperiode wieder aufzunehmen. Wir benötigen dabei ausdrücklich eine Stärkung sozial- und verhaltenswissenschaftlicher Altersforschung in vielfältigen Themenbereichen, die weit über Fragen der gesundheitlichen Versorgung älterer Menschen hinausreicht. Ein rein biomedizinischer Blick auf das Altern greift dabei zu kurz und verstärkt negative Altersbilder, die Alter oftmals einseitig als Krankheit und Abbauprozess betrachten. Altern ist jedoch ein biopsychosozialer Prozess und hängt damit entscheidend mit von psychologischen, verhaltensbezogenen, sozialen und gesellschaftlichen Faktoren ab.

3. Potentiale und Teilhabe stärken

In den kommenden Jahren gehen die geburtenstarken Jahrgänge (sog. Babyboomer) in den Ruhestand (Pötzsch & zur Nieden, 2024). Im Jahr 1960 hatten neugeborene Jungen eine durchschnittliche Lebenserwartung von 67 Jahren, Mädchen von 72 Jahren. Im laufenden Jahr 2025 erreicht eben dieser Jahrgang das Alter von 65 Jahren und damit das Alter, das de facto das Ruhestandsalter markiert (das aktuelle Renteneintrittsalter liegt im Schnitt bei 64,4 Jahren). Heutzutage können Männer des Jahrgangs 1960 erwarten, im Durchschnitt 82,5 Jahre zu erreichen, Frauen 85,8 Jahre; sie haben also weitere 17,5 bzw. 20,8 Jahre vor sich. Das sind Jahre, in denen viele ältere Menschen aktiv sein möchten und können, und dafür ein hohes Maß an zeitlichen, gesundheitlichen sowie motivationalen Ressourcen mitbringen. Diese enormen Potentiale sollten gestärkt werden, indem älteren Menschen in vielfältigen Lebensbereichen, beruflich wie nachberuflich, ehrenamtlich sowie familiär Anreizsysteme und Wertschätzung dafür erhalten sollten, sich tatsächlich einzubringen. Es geht nicht darum, Menschen zu Aktivitäten zu verpflichten, sondern darum, ihre aktive Teilhabe zu ermöglichen und zu unterstützen. Dabei ist zu beachten, dass Teilhabechancen sozial ungleich verteilt sind – etwa nach Geschlecht, Migrationshintergrund, Bildung, Einkommen, sexueller Orientierung

oder gesundheitlicher Lage. In einer vielfältigen Gesellschaft des langen Lebens bedarf es verstärkter Anstrengungen, um verbesserte Teilhabechancen für alle zu schaffen.

4. Lebenslange Prävention und Gesundheitsförderung verbessern

Bereits in unserem sektionsübergreifenden Positionspapier der DGGG (Gellert et al., 2023) haben wir deutlich gemacht, dass lebenslange Prävention und Gesundheitsförderung zentral sind, um Menschen für das Alter und bis ins hohe Alter hinein zu stärken. Prävention und Gesundheitsförderung sollten dabei in zentralen Lebenswelten ansetzen und sektorenübergreifend gedacht werden. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass ältere Menschen, anders als viele jüngere Menschen, nicht an festen Orten (Kita, Schule, Arbeitsplatz) zu erreichen sind. Nur eine vergleichsweise kleine Zahl älterer Menschen lebt in Pflegeeinrichtungen. Gerade bei älteren Menschen ist es deshalb wichtig, Aspekte der Erreichbarkeit, der sozialen Ungleichheit sowie insgesamt der Diversität und Heterogenität der Lebenslagen zu beachten, um Prävention und Gesundheitsförderung in allen Lebensphasen zu verbessern.

Fazit:

Die bereits jetzt spürbaren und künftig abzusehenden demografischen Veränderungen sind nicht einfach ein gesellschaftliches Problem. Vielmehr ist es ein gesellschaftlicher Gewinn, dass Menschen lange leben können. Wir benötigen deshalb vielmehr vielfältigere Darstellungen des Alters als eine einseitig defizitorientierte Betonung der „Überalterung“ der Gesellschaft. Alter ist keine Krankheit, sondern Ausdruck eines langen Lebens und damit eine große Errungenschaft, die es nun aktiv zu gestalten gilt. Dies wird auch aus dem 9. Altersbericht der Bundesregierung und den damit verbundenen 31 Empfehlungen für die Politik ersichtlich. Die Bundesregierung hebt die Zentralität der Ergebnisse des Altersbericht hervor und beabsichtigt die Hürden für die gesellschaftliche Teilhabe älterer Menschen noch stärker in den Blick zu nehmen. Folglich sind wir als Einzelne ebenso wie als Gesellschaft gefragt, in dem wir die Bandbreite der Potentiale aller Altersgruppen fördern, sowohl im Hinblick auf Gesundheit und pflegerische Versorgung, als auch auf soziale Teilhabe, finanzielle Absicherung, Kreativität, Lebensqualität und Menschenwürde. Dies geht nur in einem intergenerationalen Miteinander, anstelle von wiederkehrenden (und durch empirische Daten nicht stützbar) Diskursen darüber, welche Generation der anderen etwas weg nimmt. Um gesellschaftliche wie individuelle Faktoren des Älterwerdens und Altseins zu untersuchen und Interventionsansätze entwickeln zu können, braucht es die sozial- und verhaltenswissenschaftliche Gerontologie in der deutschen Forschungslandschaft. Diese gilt es zukünftig wieder stark zu machen.

Literatur:

BMFSFJ (2025). Neunter Altersbericht. Alt werden in Deutschland – Vielfalt der Potenziale und Ungleichheit der Teilhabechancen. Hrsg.: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Referat Öffentlichkeitsarbeit BMFSFJ, Januar 2025: <https://www.neunter-altersbericht.de/bericht>

Gellert, P., Brandenburg, H., Franke, A., Kessler, E.-M., Krupp, S., Pantel, J., Schramek, R., Simm, A., Swoboda, W., Wurm, S., & Fuellen, G. (2023). Prävention und Gesundheitsförderung im und für das Alter stärken. *Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie*, 57(3), 199-206. [https://doi.org/https://doi.org/10.1007/s00391-023-02262-](https://doi.org/https://doi.org/10.1007/s00391-023-02262-4)

Pöttsch, Olga; zur Nieden, Felix (2024) : Die Babyboomer: auf dem Gipfel der demografischen Welle, WISTA – Wirtschaft und Statistik, ISSN 1619-2907, Statistisches Bundesamt (Destatis), Wiesbaden, Vol. 76, Iss. 1, pp. 25-38